

 **Mit der Bitte um Veröffentlichung**

---

**NÜRNBERG / Fürth**

Harald Weinberg, MdB

Für Nachfragen:  
0179-6991662

Humboldtstr. 104  
D-90459 Nürnberg  
Telefon: (0911) 2 87 60 12  
Telefax: (0911) 2 87 60 16

Nürnberg, den 02. Feb. 2010

## **„Im Windschatten der Zusatzbeiträge will die FDP die Kopfpauschale durchsetzen“**

Zur aktuellen Diskussion über die Zusatzbeiträge, die einige Krankenkassen jetzt erheben wollen, meint Harald Weinberg, Obmann der LINKSFRAKTION im Gesundheitsausschuss:

"Die Zusatzbeiträge sind hausgemacht. Der Gesundheitsfonds, der von der Großen Koalition geschaffen wurde, war bewusst unterfinanziert, weil man die Krankenkassen in einen Preiswettbewerb zwingen wollte. Die Kritik der Kanzlerin oder auch von Minister Rösler an den Zusatzbeiträgen ist daher völlig unglaubwürdig. Minister Rösler sieht die Zusatzbeiträge sicher gar nicht ungerne, da sie ja als „kleine Kopfpauschale“ einen Einstieg in den von ihm angestrebten Systemwechsel bei der Krankenkassenfinanzierung darstellen. Er und die FDP wollen im Windschatten der Zusatzbeiträge die Kopfpauschale durchsetzen. Ein Versuch, der hoffentlich auf den entschiedenen Widerstand aller Betroffenen stößt.

Die momentanen Finanzprobleme der Kassen resultieren zum größten Teil daraus, dass der Bund den Kassen seit Jahren keinen kostendeckenden Betrag für Langzeitarbeitslose (ALG II-Empfänger) zahlt. Gezahlt werden hier pauschal 125 Euro im Monat. Die durchschnittlichen Pro-Kopf-Ausgaben der Kassen pro Versicherten liegen jedoch bei ca. 250 Euro. Das daraus resultierende Defizit entspricht mit 4 Mrd. Euro exakt der aktuellen Deckungslücke. Durch diese Maßnahme würden Zusatzbeiträge unnötig und die nächste, wirklich notwendige Gesundheitsreform könnte in Ruhe diskutiert werden. Die LINKE schlägt hierfür schon seit Jahren eine solidarische Bürgerinnenversicherung vor, in der Alle gemäß ihrem Einkommen einzahlen.

Der FDP-Vorschlag einer Kopfpauschale ist nicht nur unsolidarisch, er ist auch unfinanzierbar, denn für den „Sozialausgleich“, mit dem Minister Rösler das den Menschen schmackhaft machen möchte, müssten zwischen 20 und 35 Mrd. Euro an Steuermittel aufgebracht werden. Da kann man schon froh sein, dass alles, was im Koalitionsvertrag vereinbart wurde, unter einem Finanzierungsvorbehalt steht.“

Harald Weinberg  
**DIE LINKE.** Nürnberg/Fürth  
Für Nachfragen: 0179-6991662